

Bahn soll den Güterverkehr endlich leiser machen

Verkehrsausschuss Bonus für Schiene abschaffen - Kosten reell verteilen

■ **Rheintal.** Bei einer Expertenanhörung hat sich der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages noch einmal einstimmig für die Abschaffung des Schienenbonus ausgesprochen. „Damit kann es am Auftrag an die Bahn, den Güterverkehr endlich leiser zu machen und Fahrzeuge und Strecken dem heutigen Stand der Technik anzupassen, keinen Zweifel mehr geben“, sagt Frank Gross. Der Pro-Rheintal-Chef verweist auf einen Verkehrsträgervergleich der Planco Consulting (Essen) im Auftrag der Bundesanstalt für Gewässerkunde, in dem die Schiene als Verursacher von Umweltkosten (0,84 Cent/tkm) jetzt vor dem Lkw (0,79 Cent/tkm) rangiert.

Veraltete und nicht gepflegte Fahrzeuge durch moderne ersetzen

Mit den übrigen Nachteilen wie mangelnder Flexibilität, Störungsanfälligkeit und Langsamkeit (14 bis 20 km/h) müsse sich die Bahn etwas einfallen lassen, um im Güterverkehr zu überleben. Man sei zwar mit den anderen Verkehrsträgern gewachsen, habe aber der Straße keine Marktanteile abnehmen können. Das politische Versprechen, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, sei nur eine vage Entschuldigung für Milliardeninvestitionen, die keine wesentlichen Vorteile gebracht hätten (ICE-Trassen, Firmenbeteiligungen, Neustrukturierungen).

Der Schienenbonus sei eine Erfindung des Staates, um die hohen Kosten im Bereich Schiene zu begrenzen. Man habe dabei den Vergleich mit der Straße herangezogen und von Psychologen feststellen lassen, dass Schienenlärm angeblich weniger störend sei als Straßelärm. Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse, außer eben die von Psychologen, sprächen genau



Mit einer Lautstärke von bis zu 110 Dezibel donnern Güterzüge nachts wenige Meter an den Häusern im Rheintal vorbei.

wie der gesunde Menschenverstand gegen die Auslegung. Denn kein anderer Verkehrsträger dürfe mitten in der Nacht, so wenige Meter von Häusern entfernt, mit 120 km/h und bis zu 110 Dezibel laut Menschen aus dem Schlaf reißen.

Laut Wissenschaft haben Züge das höchste Aufweckpotenzial, und das Erkrankungsrisiko im Rheintal sei dreimal so hoch wie im Einzugsbereich von Flughäfen. Außerdem habe sich das Verhältnis von Schienenlärm zu Straßelärm seit 1970 um mehr als 10 Dezibel zugunsten der Straße verändert. Diese sei leiser geworden, während die Schiene im Güterverkehr aufgrund überalterter Fahrzeuge lauter geworden sei.

Der Kern des Immissionsschutzgesetzes sei es, Menschen vor gesundheitsschädigenden Immissionen zu schützen. Die hierfür entstehenden Kosten würden nicht von den betroffenen Menschen verursacht, sondern von Bahn- und Waggonbetreibern, die ihre längst abgeschriebenen Fahrzeuge nicht pflegen und erneuern. Maßstab sei die Höhe der von den Fahrzeugen emittierten Geräusche und damit der Abstand zu den inzwischen anerkannten Grenzwerten (ohne Schienenbonus). Bei leisen Fahrzeugen, was heute die Normalität sein sollte, wäre auch der Aufwand für Lärmschutz geringer.

Es sei nicht länger tragbar, dass die Menschen ungeschützt den unzumutbaren Lärmbelastungen ausgesetzt werden. Man müsse entweder die volkswirtschaftlich hohen Kosten tragen oder die Transportlobby und die begünstigte Industrie zur Übernahme der verursachten Kosten verpflichten. Dies sei weniger belastend für die Wirtschaft als der anhaltende und ungehinderte Verbrauch der Ressource „Ruhe“ und die damit einhergehenden Wettbewerbsnachteile durch Krankheiten, Leistungsabfall, Unfallmehrerung, Wertverluste und die Schäden für ganze Wirtschaftsbereiche (Tourismus) und Regionen wie das Rheintal. In Summe sei Lärmschutz der günstigere und deshalb bessere Weg.

Pro Rheintal spricht von „Marionettentheater“

Für Pro Rheintal, so Gross, sei das Thema Schienenbonus längst von der Agenda, weil es hier am Rhein nicht 5 Dezibel zu laut ist, sondern 35 Dezibel und die Diskussionen über den Schienenbonus nur als ein verkrampter Versuch zu werten seien, ein in sich unhaltbar gewordenes Rechtssystem weiter zu stützen. Das habe weder etwas mit Lärmschutz noch mit Bürgerbeteiligung oder Volkswirtschaft zu tun, sondern sei einfach ein „Marionettentheater“.

RLT 13.12